



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0686890

1/XIII/79 - 8. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Gefahr von oben - Gefahr von unten ! Fragen an den Bundesverteidigungsminister ... Von Fritz Heine	65
3 - 4	NATO-Pläne sind überholt Erkenntnisse eines Abfertigungsexperten	102
4a	Wachsende Sorge über deutsche Atombewaffnung Britische Labour-Führer bei Arestad - Norwegische Befürchtungen	55
5	Römische Gespräche - was steckt dahinter ? Unheimliches Währungs-Preleck	52
6 - 7	Korrupter Föderalismus Aufschlussreiche Finanzdebatte in Rheinland-Pfalz	93

+ + + + +

Gefahr von oben - Gefahr von unten !

Von Fritz Heine

Die Atomwaffenversuche der Grossmächte vergiften die Luft, verseuchen die Pflanzen und Flüsse, gefährden direkt und indirekt Menschen und Tiere. Niemand, auch kein Wissenschaftler, weiss exakt, wie gross Gefahr und Schädigung für die Heutigen und die Kommenden sind. Den jüngsten, und hoffentlich letzten sowjetischen Tests sind Berichte über besonders starke radio-aktive Luftverseuchungen gefolgt, die Besorgnis erregen. Welche Wiraungen die angekündigten amerikanischen Versuche haben werden, ist noch nicht abzusehen.

Die Vereinigten Staaten haben für die kommenden Wochen erstmalig Versuche mit Unterwasser-Nuklearwaffen angekündigt. Es ist anzunehmen, dass es sich tatsächlich um die ersten grössten Tests dieser Art handelt.

Mit diesen Unterwasser-Tests beginnt ein neues und wahrscheinlich noch entscheidend gefährlicheres Kapitel der nuklearen Versuchs-Risiken. Militäre und Wissenschaftler haben keine oder zumindest keine ausreichenden Daten, um die zerstörerische Wirkung, den Umfang etwaiger Flutwellen und vor allem die Gefahren durch Speicherung in Lebewesen und Pflanzen vorauszuberechnen und in nicht lebensbedrohenden Grenzen zu halten. Beschwichtigungen werden sicherlich am laufenden Band produziert werden, sie werden hoffentlich nur die geringe Zahl von Leichtgläubigen täuschen.

Die Weltmächte rüsten in fiebrhafter Eile auf den nuklearen Unterwasser-Krieg um. Mit Atomkraft getriebene modernste U-Boote werden mit Atomraketen ausgerüstet. Die Boote können viele Wochen untergetaucht operieren und die fernlenkbaren Atomraketen unter Wasser und unter Eis zum Abschuss bringen.

Das Ziel der Mächte ist, eine möglichst grosse Zahl dieser rasch beweglichen, schwer zu entdeckenden und noch schwerer zu vernichtenden

8. April 1958

Abschussbasen so nahe wie möglich an Gegner zu haben und die Verteidigung durch die Vielzahl der Angriffspositionen fast unmöglich zu machen.

Wie immer jedoch im militärischen Bereich wird jene neue Angriffswaffe von einer noch effektiveren Abwehrwaffe übertrumpft - genügend Zeit und Geld vorausgesetzt. Gegen die atombetriebenen und mit Atomraketen bewaffneten U-Boote sind Atom-U-Bootjäger mit nuklearen Wasserbomben im Bau.

Das ist eine Situation, soweit sie öffentlich bekannt ist. Wir wissen nicht, wieviel Wasserbomben und Raketen mit Atom-Sprengsätzen bereits abgefeuert wurden oder in den nächsten Wochen in den Versuchsreihen zur Explosion kommen werden. Wir wissen nicht, welche Schädigungen entstehen, Schädigungen, die unter Umständen erst nach Jahren und auf sonderbarsten Wegen zur Gefährdung von Menschen führen. Wir wissen auch nicht, wo diese Versuche stattfinden.

US-Senator Jackson hat darauf hingewiesen, dass U-Boote mit den Polaris-Raketen auch in der Nordsee operieren können. Es handelt sich also für uns durchaus nicht um militärische Aktivitäten, die irgendwo ferne auf den Weltmeeren geschehen und uns nicht tangieren. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass diese neuen Unterwasser-Waffen - bei der Weltmächte - viel näher in unseren Bereichen operieren, als wir vermuten.

Wir haben bereits im Februar 1958 vor diesen neuen, uns bedrohenden Gefahren gewarnt. Wir haben den Bundesverteidigungsminister aufgefordert, Stellung zu nehmen. Er hat, trotz wiederholter Mahnung, geschwiegen.

Wir fragen Minister Strauss und die Bundesregierung:

- 1.) Was wurde bisher von seiten der Bundesregierung unternommen, um die beteiligten Mächte von der vom ganzen deutschen Volke geteilten Ablehnung der Atomwaffen-Tests zu unterrichten?
- 2.) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Mächte zur Einstellung der Versuche zu bewegen?
- 3.) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um sicher zu stellen, dass die geplanten Unterwasser-Atomexplosionen nicht in Bereichen erfolgen, die Gesundheitsschäden für unsere Bevölkerung besonders naheliegend machen?

Verseuchung des Himmels, der Erde und auch der Meere! Gefahren von oben - Gefahren von unten! Die Bevölkerung soll wissen, was uns allen droht. Wer schweigt und untätig bleibt, macht sich schuldig!

NATO-Pläne sind überholt

-E-, Paris

Der bekannte französische Sozialist und langjährige Vertreter Frankreichs im Unterausschuss der UNO-Abrüstungskommission Jules Moch nahm vor kurzem in London Gelegenheit, seine Auffassungen zum Abrüstungsproblem, der europäischen Sicherheit und dem Rapacki-Plan darzulegen. In einem Augenblick, in dem sich die Bundesregierung, gestützt auf ihre parlamentarische Mehrheit im Bundestag, zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr entschloss, erscheinen uns die von Jules Moch vertretenen Auffassungen besonders interessant. Er erklärte, wenn es bis jetzt über das Abrüstungsproblem zu keiner Verständigung mit der Sowjetunion kam, so deshalb, weil vom Westen alle Vorschläge regionaler Art mit geographisch begrenztem Truppenabzug und Rüstungsbeschränkungen in festgelegten Zonen zurückgewiesen wurden. Bis vor drei Monaten noch bezeichneten die Westmächte den NATO-Sektor der westlichen Verteidigung als primär, der unter keinen Umständen entblösst werden dürfe. Den Sowjetvorschlag zum gleichzeitigen Rückzug der Streitkräfte aus einer Zone von je 500 km Tiefe zu beiden Seiten der Demarkationslinie habe er seinerzeit im Unterausschuss der UNO selbst mit der Begründung abgelehnt, damit würde die Manövrierfähigkeit der NATO in Westeuropa von 1000 auf 500 km, die der Sowjets in ihrer Einflusszone von 10 000 auf 9 500 km vermindert werden. Das sei damals richtig gewesen. Heute treffe das bereits nicht mehr zu. Die Entwicklung der Waffentechnik mache eine neue Strategie erforderlich.

Zweifache militärische Revolution

Die neue Situation - sagt Jules Moch - ist durch eine zweifache Revolution auf militärischem Gebiet begründet, deren erste im Jahr 1952/53 mit der Überwindung des Begriffs "Schusspräzision" durch die Wasserstoff-Bombe eintrat, die imstande ist, ein Gebiet von 30 000 Quadrat-Kilometern mit einem Schlag in Schutt und Asche zu legen - ohne Rücksicht darauf, ob sie das eigentliche Ziel um 10 bis 20 km verfehle. Die zweite Revolution sei vor kurzen eingetreten, als die Distanz zwischen Abschuss-Basis und Ziel völlig bedeutungslos wurde. Das bringe die Notwendigkeit zur umfassenden Revision der strategischen und diplomatischen Konzeptionen der letzten Jahre. Aus diesem Grunde müsse man das Problem der eventuellen Schaffung einer atomfreien und entmilitarisierten Zone in Zentraleuropa eingehend prüfen.

In seiner aktuellen Form sei der Rapacki-Plan unannehmbar, aber als Diskussionsbasis könne er gute Dienste leisten. Er müsse erweitert werden, denn unnötig sei es, die freie Zone auf Polen, die Tschechoslowakei und beide Teile Deutschlands zu beschränken. Notwendig sei die Eingliederung Ungarns - und wenn irgend möglich Österreichs und der Schweiz. Dadurch würde ein atomfreies Rechteck von 1200 km Tiefe und 900 km Breite geschaffen werden, das einer wirksamen Kontrolle und ständigen Überwachung unterstellt werden müsste. Gewiss hätten die Sowjets bisher eine solche Kontrolle und Überwachung abgelehnt, aber es müsse nicht angenommen werden, dass sich die Polen dagegen sträuben würden, da sie an einer Annäherung an den Westen, die ihre engen Bindungen zur Sowjetunion weniger hart erscheinen liesse, interessiert sein dürften.

Deutschland-Problem stellt sich von selbst

Naturgemäss würde sich durch diese Entwicklung das deutsche

Problem stellen, sagt Jules Moch und bemerkt im gleichen Zusammenhang, dass - seit Abschluss des Waffenstillstandes - von den Westmächten in ihrer Deutschlandpolitik alle nur denkbaren Fehler gemacht worden seien. Dadurch sei Chruschtschows Spiel gefördert worden, der die deutsche Wiedervereinigung nicht wolle und eine Lage geschaffen habe, aus der nur sehr schwer ein Ausweg zu finden sei.

Die Räumung der atomfreien Zone Zentraleuropas wäre nicht risikolos, doch könnten die eventuellen Gefahren durch zwei Massnahmen beseitigt werden. Es müssten in dem zu treffenden Abkommen der Grossmächte Vorbehalte hinsichtlich der Wiederbesetzung der Zone gemacht werden, falls von einer der beteiligten Seiten die Abmachungen nicht respektiert würden. Aber keinesfalls dürfte man diese Wiederbesetzung als casus belli ansehen. Ferner müssten die Amerikaner und Briten feste Garantien dafür geben, dass sie sich nicht vom europäischen Festland zurückzögen, denn ohne eine solche absolute Garantie könnte der Plan einer atomfreien und entmilitarisierten zentral-europäischen Zone nicht erwogen werden. Die Grossmächte müssten sich verpflichten, später über die deutsche Wiedervereinigung zu verhandeln und jede Formel der Wiedervereinigung zu akzeptieren, die die Zustimmung aller Deutschen hätte. Unter keinen Umständen dürften sie aber die Behandlung der Deutschland-Frage auf der in Erwägung gezogenen Ost-West-Gipfel-Konferenz zu einer Vorbedingung machen, wie es jetzt den Anschein habe. Nicht etwa, weil diese Konferenz das Problem nicht behandeln soll, sondern weil der Behandlung der Deutschland-Frage durch die Gipfelkonferenz gar nicht aus dem Wege gegangen werden könne. Als Vorbedingung gestellt, würde das nicht nur das Scheitern der Wiedervereinigung, sondern auch der Abrüstung bedeuten und den Frieden schädigen.

Schliesslich würde durch die Schaffung der atomfreien und entmilitarisierten Zone auch das Problem der östlichen Satelliten-Staaten in neuem Licht erscheinen. Ein Rückzug der Sowjet-Truppen aus gewissen Ostländern würde wahrscheinlich dort ähnliche Entwicklungen einleiten wie jene, die in Jugoslawien und Polen Wirklichkeit geworden sind.

Revision unvermeidlich

Abschliessend wird von Jules Moch betont, die NATO könne einer Revision ihrer strategischen Pläne nicht entgehen. Ob es zur Verwirklichung der atomfreien Mitteleuropa-Zone komme oder nicht, müsse die Revision der westlichen Verteidigungspläne vorgenommen werden, denn der 26. August 1957, der Tag, an dem die Sowjets ihr erstes Experiment mit einer Interkontinental-Rakete durchführten, haben alle bisherigen strategischen Pläne der NATO hinweggefegt.

Die Auffassungen Jules Mochs werden offiziell von den Regierungen der westlichen Mächte noch nicht anerkannt. Trotzdem steht fest, dass sie in ihren Kreisen beträchtlichen Eindruck gemacht haben und sicherlich auflockernd wirkten. Dass NATO-Sekretär Paul Henri Spaak in letzter Zeit eine Entwicklung im Sinne der Ideen von Jules Moch durchmachte, wird kaum bestritten und ausserdem wird behauptet, der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa, General Norstad habe in einer für den Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten bestimmten Bericht dargelegt, dass der Gedanke einer atomfreien Zone in Zentraleuropa unter gewissen Voraussetzungen annehmbar wäre. Klarheit darüber dürfte die kommende Tagung des Atlantikrates schaffen.

Wachsende Unruhe über deutsche Atombewaffnung

ler. Der Widerstand gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen wächst nicht nur im deutschen Volke. Die öffentliche Meinung in vielen westlichen Ländern ist ebenso beunruhigt. Die westliche Verteidigungsgemeinschaft steht vor einer moralischen Zerreissprobe. Viele hervorragende Männer sehen in der Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit atomaren Waffen für den Weltfrieden eine grössere Gefahr als in der Politik der Sowjetunion. Man befürchtet eine durch Atomwaffen gefährdete deutsche Dynamik, das Ende aller Entspannungsversuche und einen verstärkten Rüstungswettlauf mit all seinen verheerenden politischen und moralischen Auswirkungen.

Es will schon viel bedeuten, wenn Führer der britischen Labour-Party wie Gaitskell, George Brown und der Aussenminister eines zukünftigen Labour-Kabinetts, Aneurin Bevan, den Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa, General Morstad, aufsuchen, um ihm ihre wohlbegründeten Bedenken gegen eine Ausrüstung der Bundesrepublik mit nuklearen Waffen vorzutragen. Die ständigen Verluste der britischen Konservativen bei allen Wahlen zum Unterhaus enthüllten die absinkende Popularitätskurve der Macmillan-Regierung. Sie ist auf die Atompolitik der Konservativen zurückzuführen, die auch die Einbeziehung der Bundesrepublik in den atomaren Rüstungswettlauf einschliesst. Die britische öffentliche Meinung verlangt mit sich verstärkendem Nachdruck eine Kursänderung und die Abkehr von einem Weg, der auf die atomare Todesstrasse führt. Wird General Morstad als einer der treibenden Kräfte einer verschärften Rüstungspolitik die Besehwörungen der Labour-Führer auf die leichte Schulter nehmen?

Warnungen kommen auch aus Norwegen. Niemand kann und wird die Loyalität der norwegischen Arbeiterpartei, die seit 1945 stets führende Regierungspartei war und ist, zur NATO bezweifeln. Loyalität zur NATO aber bedeutet für Oslo nicht den Verzicht auf eine eigene, den besonderen Bedürfnissen des Landes entsprechende Politik. So hat Norwegen als unmittelbarer Nachbar der Sowjetunion sich bisher geweigert, seine Armee mit nuklearen Waffen auszurüsten oder auf seinem Boden Abschussbasen für Raketen mittlerer Reichweite errichten zu lassen. Eine unvermeidliche Folge davon wären erhöhte Spannungen im gesamten nordischen Raum, was zu vermeiden das erklärte Ziel Oslos ist. Für den Ernst, mit dem die norwegische Öffentlichkeit den verhängnisvollen Atombombenbeschluss der Bonner Regierungsparteien verfolgt, ist es recht kennzeichnend, dass sich nun aus dem Schoße der grössten norwegischen Partei, eben der norwegischen Arbeiterpartei, gewichtige Stimmen gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen erhoben haben. 42 von 78 sozialdemokratischen Abgeordneten hiessen eine von zahlreichen Organisationen eingebrachte Entschliessung gut, in der von der Osloer Regierung verlangt wird, auf der kommenden Tagung der NATO-Staaten ihr Veto gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in den atomaren Rüstungswettlauf zu erheben. Wer kann und will das moralische Gewicht dieser Entschliessung überschauen? Sie drückt Empfindungen, Ängste und Befürchtungen aus, wie sie viele Menschen bewegen.

Die Bundesregierung und die ausländischen Befürworter einer deutschen Atombewaffnung sagen, diese sei zur Stärkung der westlichen Verteidigungskraft und als Abschreckung notwendig; selbst hervorragende Militäre verneinen dies. Sicher aber ist, dass eine atomwaffenausgerüstete Bundeswehr den inneren moralischen Zusammenhalt und die innere Einheit der NATO-Staaten mehr gefährdet, als russische Atombomben. Der Bonner Atomwaffenbeschluss schwächt den Westen, statt ihn zu stärken.

Römische Gespräche - was steckt dahinter?
- - - - -

F.B. - Heute tagen in Rom erneut die Verteidigungsminister von Italien, Frankreich und der Bundesrepublik. Offiziell, um die Arbeiter dieser Rüstungsgemeinschaft an konventionellen Waffen voranzubringen. Worüber aber verhandelt dieses Rüstungs-Dreieck wirklich? Bundesverteidigungsminister Strauss hat zwar schon mehrfach dementiert, daß diese Rüstungsgemeinschaft sich auch mit Fragen der atomaren Aufrüstung beschäftigt. Diese Dementis aber sind vor allem seit der letzten Atomdebatte des deutschen Bundestages noch unglaubwürdiger geworden, als sie es früher schon waren.

In der erwähnten Atomdebatte ist der deutsche Verteidigungsminister von sozialdemokratischem Sprecher insgesamt sieben Mal gefragt worden, was es mit dieser Rüstungsgemeinschaft wirklich auf sich habe. Strauss hat sieben Mal die Antwort verweigert. Dabei hätte es Strauss, wenn man seinen Dementis Glauben schenken soll, sehr leicht gehabt, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Er ist mehrfach im Bundestage gebeten worden, den Text der vertraglichen Vereinbarungen dieser Rüstungsgemeinschaft vorzulegen. Wenn es darin wirklich nur so konventionell zugeht, was könnte ihn daran hindern?

Aus allen diesen Gründen ist Strauss unglaubwürdig geworden und man kann nur mit größter Besorgnis die unheimliche Aktivität dieser Dreiergemeinschaft beobachten. Vor allem, wenn man den unstillbaren Drang der französischen Regierung kennt, in den A- und H-Bomben-Club Aufnahme zu finden. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um französische Wunschträume, sondern leider um handfeste Realitäten.

Im Atomzentrum von Marcoule ist die Leistung des ersten Plutoniumreaktors jetzt so erhöht worden, daß jährlich 10 Kilogramm erzeugt werden können. Bis zum Jahresende sollen zwei weitere Reaktoren mit einer Leistung von je 40 Kilogramm in Betrieb genommen werden, so daß die französische Kapazität sich auf 90 bis 100 Kilogramm erhöhen wird. Für die Herstellung einer Atombombe werden aber nur etwa 15 Kilogramm Plutonium benötigt. Die französischen Produktionspläne waren bisher durch finanzielle Schwierigkeiten stark behindert. Jetzt aber arbeitet man mit Hochdruck. Hat Bonn sich hier etwa finanziell engagiert? Das ist keine rhetorische Frage, sondern die Bundesregierung und ihr Verteidigungsminister sollen endlich klar Auskunft geben, welche Vereinbarungen sie auf diesem Gebiet getroffen haben, und ob sie auf diese Weise den Verzicht in der Londoner Deklaration umgehen.

Als kürzlich Bundesverteidigungsminister Strauss gegenüber dem Labour-Politiker Crossman den Schleier des Geheimnisses ein wenig lüftete und erklärte, daß der Londoner Verzicht nicht für alle Zeiten gelte, wurde sofort dementiert. Crossman aber blieb bei seiner Darstellung des Gesprächsinhalts. Auch das in der deutschen Opposition das Mißtrauen gegen Strauss und die Pläne der Dreier-Rüstungsgemeinschaft verstärkt.

Die Bundesregierung wird deshalb um die Beantwortung der Frage, was dieses Rüstungsdreieck wirklich im Sinne hat, nicht herumkommen. Sie hat zwar sieben Mal geschwiegen, aber diese Frage wird ihr, wenn nötig, sieben mal siebenzig Mal vorgelegt werden, bis sie antwortet. Schon die atomare Bewaffnung der Bundeswehr mit fremden Atomwaffen wäre ein Unglück für ganz Deutschland. Die eigene Produktion dieser Massenvernichtungsmittel, sei es auf welchem Umwegen auch immer, wäre mehr, sie wäre ein politisches Verbrechen.

Korruptierter Föderalismus

G.P. - In fünftägiger, oft stürmisch verlaufener Debatte behandelte der Landtag von Rheinland-Pfalz seinen diesjährigen Haushalt, dessen hervorstechendstes Merkmal ein ausgewiesenes 72 Millionen Defizit ist. Schon bei den Vorberatungen im Januar wurde von der sozialdemokratischen Opposition festgestellt, daß der wesentliche Fortschritt in der Tatsache verankert sei, daß diesmal von offizieller Regierungsseite der jährliche Fehlbetrag im chronisch-finanzschwachen Landeshaushalt erstmals auch als solcher bezeichnet worden ist, während es in der Vergangenheit als politische Todsünde wider den Staat galt, ein Defizit Defizit zu nennen. Die SPD-Landtagsfraktion wies durch ihren Sprecher, MdL Hans König, (Trier) dem FDP-Finanzminister Dr. Nowack und dem übrigen CDU-Kabinettt allerdings nach, daß das Land Liquiditätsschwierigkeiten in Höhe von 175 Millionen hat. Dieser Betrag ergibt sich, wenn man zu dem neuen Defizit den 1957er Fehlbetrag von 70 Millionen DM und eine Globalabsetzung von 32 Millionen DM hinzuzählt. Die 72 Millionen fehlen jedenfalls im Haushaltsjahr 1958/59 bei den vorgesehenen Ausgaben von 1,148 Milliarden Mark.

"Begräbnisstätte unerfüllbarer Hoffnungen"

Im außerordentlichen Etat mußten bei einer Höhe von 183,6 Millionen Vorhaben im Wert von rund 40 Millionen gestrichen werden. Was blieb, nannte der SPD-Sprecher eine "Begräbnisstätte unerfüllbarer Hoffnungen". Ob sich allerdings wie vorgesehen 16 Millionen DM durch eine 10 %ige Personaleinsparung von 45.387 Landesbediensteten vornehmen läßt, bleibt äußerst fraglich. Jedenfalls mußte der Landtag der CDU/CSU-Regierungskoalition die Auflage machen, jede, ab 1. April dieses Jahres freiwerdende 2. Stelle nicht mehr neu zu besetzen. Ausnahmen bilden lediglich die Stellenpläne für Lehrer und Richter. Die Attacken der Opposition brachten den Landesfinanzminister zu dem Eingeständnis, daß der neue Etat "weiche, kranke und gefährliche Stellen" aufweise. Auf die Frage, welchen Weg die Opposition wisse, um es besser zu machen, kam prompt der Zuruf "Neugliederung". Tatsächlich wurde im Verlauf der Haushaltsdebatte festgestellt, daß das Steueraufkommen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den übrigen Bundesländern beständig, aber sicher abnimmt, so daß schon jetzt vorzusehen sei, wann das Land, ebenso wie Schleswig-Holstein, zu einem völlig bundesabhängigen Gebilde herabgesunken und dann nur noch eine Karikatur des Föderalismus sei.

Finanznot und Neugliederung

Die Neugliederungsfrage spielte denn auch am ersten der fünf Beratungstage im Landtagsplenum in Verbindung mit der Finanznot des Landes eine nicht unerhebliche Rolle. Es entbehrte nicht einer gewissen Kuriosität, daß ausgerechnet die an den Regierungsvorteilen partizipierende FDP beim Ministerpräsidenten-Etat diese Frage anschnitt, als der FDP-Fraktionsvorsitzende gegen seine eigene Regierung den Vorwurf erhob, sie habe sich in der Frage der Neugliederung gegenüber dem Grundgesetz sehr passiv, wenn nicht gar ablehnend verhalten. Die SPD fing durch ihren Sprecher, Staatssekretär a.D. Otto Schmidt, dann den von der am Ruckschoß der CDU-Regierung hängenden FDP geworfenen Ball auf. Die Landesregierung mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, eine leichtfertige Behandlung der Neugliederungsfrage, die sich allein schon aus der Armut des Landes stelle, vorgenommen zu haben. Die SPD denke nicht daran, die Großmannsucht eines kleinen Landes mitzupflegen.

Mit Erstaunen wurde allseits zur Kenntnis genommen, daß sich CDU-Ministerpräsident Altmeier das Eingeständnis abrang, Rheinland-Pfalz gehöre zu den finanzschwachen Bundesländern. Daß der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Boden, von einer "schleichenden Kompetenzausweitung des Bundes" sprach, wodurch die mit Kriegsfolgelasten überhäuften Bundesländer zu "Kostgängern" der Bonner Bundesregierung zu werden drohten, eröffnete tragikomische Aspekte. So konnte es denn nicht ausbleiben, daß der erste, ehemalige Ministerpräsident des Landes und heutige Fraktionsvorsitzende der stärksten Regierungspartei von der Opposition nachdrücklichst aufgeklärt werden mußte, daß es in erster Linie der seiner Partei vorsitzende Bundeskanzler und dessen Regierung sind, die dem Föderalismus den Lebensnerv zu durchschneiden drohen. Der Föderalismus, so sagte Staatssekretär Otto Schmidt, werde durch Bonn korumpiert, weil Finanzzuweisungen des Bundes von der politischen Zusammensetzung einer Landesregierung abhängig gemacht würden.

Geldzuschuß für eine Spaltergewerkschaft

Bei der Beratung der Einzelhaushalte legten die Sprecher der SPD alle offenen und schwachen Stellen bloß und entwickelten dabei ihre Vorstellungen von einem gesunden Landeshaushalt. Dabei blieben die Probleme der "hohen Politik" natürlich nicht ungenannt, zumal die Landtags-sitzungen teilweise mit der außenpolitischen Debatte im Bundestag zeitlich parallel liefen. Aber da die Regierung das finanzielle Dilemma des Landes wohl oder übel zugegeben hätte, hatte sie sich zugleich selbst Generalpardon für Etatmittel zum Schutz der Zivilbevölkerung, fehlende Schulen und Lehrmittel (Rheinland-Pfalz hat als einziges Bundesland noch den völligen Schulgeldzwang für höhere Schulen), sinkende Leistungen im Straßenbau (Der für Verkehrsfragen im Wirtschaftsministerium zuständige Staatssekretär versuchte die Abgeordneten von der Schilderung des schlechten Zustandes der Straßen in Rheinland-Pfalz durch einen Hinweis auf den damit verbundenen schlechten Dienst an der Fremdenverkehrswerbung abzuhalten) und mangelnde Mittelinvestitionen in einer rückständigen Agrarpolitik gegeben.

Der Geldmangel hinderte CDU- und FDP-Mehrheit allerdings nicht daran, im Sozialetat, in dem beispielsweise die Wünsche des Landesjugend-rings wiederum weitestgehend unberücksichtigt geblieben sind, 5000 DM für einen ominösen Landesverband der christlichen Gewerkschaft als Zuschuß einzusetzen. In Verbindung mit den, dem DGB in jüngster Zeit wegen seiner Aktionen gegen die Atomrüstung von der CDU gemachten Vorwürfen der Spaltung der Gewerkschaftseinheit durch angebliche Verletzung der politischen Neutralität ist dieser Vorgang besonders bemerkenswert.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler